

Ratschlag



Informationsschrift der Fraktion
Bündnis 90 / Die Grünen im Stadtrat Leipzig



AUSGABE
OKT 15
No. 74

TOP THEMEN

Welche Bedeutung ein neues Willkommenszentrum für Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und -bewerber hat, wer es tragen soll und welche Aufgaben es erfüllen kann, betrachtet Petra Cagalj-Sejdi auf **Seite 5**

Welche Bedeutung und richtungsweisende Wege das neue Wohnungspolitische Konzept für die Zukunft aufzeigt und wie es in einem breiten demokratischen Prozess entstanden ist, berichtet Tim Elschner auf **Seite 6**

Welche Freude beim Erinnern und bei besinnlichen und erheiternden Anekdoten und Beiträgen im Treffen der Akteure zu 25 Jahren Arbeit unserer Stadtratsfraktion aufkamen, beschreibt Norman Volger auf **Seite 7**



Foto: Sebastian Thiele

Die Regenbogenfahne vorm Rathaus

von Judith Künstler

Auf Einladung der Stadtratsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, Die Linken und SPD wurde in diesem Jahr erstmals die Eröffnung der Christopher-Street-Day-Woche (CSD) im Rathaus feierlich begangen – OBM Jung konnte jedoch nicht teilnehmen.

Er hatte zuvor immerhin noch die Regenbogenfahne vor dem Rathaus gehisst, die dann

aber im Laufe der Woche immer wieder verschwand. Es stellt sich die Frage, wie wichtig dem OBM der CSD und der Stadt die Präsenz der Regenbogenfahne tatsächlich sind. Dauerhafte Präsenz war der Regenbogenfahne also leider vergönnt. Ein Zeichen? Auf jeden Fall ein erneuter Grund um sich noch einmal des Ziels und Sinns der CSD-Woche zu vergewissern, für deren Organisation unsere Fraktion sich ausdrücklich bei den vielen,

nicht selten ehrenamtlichen Helfern und Helferinnen bedanken möchte. Im Frühjahr dieses Jahres hat der amerikanische Supreme Court beschlossen, dass Lesben und Schwule überall in den USA das Recht haben zu heiraten. In Deutschland ist daran anschließend erneut eine Debatte über die sogenannte »Ehe für alle« entbrannt, und im Juni hat der Bundesrat diesbezüglich positiv votiert. Stehen wir also kurz vor dem

Unsere Themen

Wie ich lernte den Lärm zu lieben	3
25 Jahre Stadtratsfraktion	7
Elektromobilität = intelligente Mobilität	8
Leipzig verträgt zweites Panometer	9
Freie Kulturszene Leipzig	10
Fördern statt nur beschäftigen	10
Ein Stadtrat mit Fahrrad	11
Tierschutzbeirat erhalten	12
Halbe-Halbe-Projekt einführen	13
Stadtangestellte ohne Motivation	14
Positionspapier zur Linie 9	15
Addis-Abeba- und Herzliya-Platz	16
Ratsspieß	16

Moment, in dem endlich viele Probleme, die für Lesben, Schwule, Bi, Inter, Trans*- und Asexuelle (LGBTQIA*) geradezu existenziell sind, gelöst werden? Wohl kaum.

Noch immer herrscht die Angabepflicht, ob »ES« denn nun ein Mädchen oder ein Junge ist, und der gesellschaftliche Druck führt dazu, dass viele Eltern meinen, eine Operation von Inter*-Kids sei die einzige Möglichkeit, diesen ein »normales« Leben zu ermöglichen. Für Trans*-Personen ist es trauriger Alltag, nach ihrem »richtigen« Geschlecht gefragt, angepöbelt und misstrauisch beäugt zu werden. Sobald ein Unterstrich oder * in der Personenbenennung in den Blick rückt, dass es noch etwas anderes als Mann und Frau geben könnte, wird vom Niedergang der deutschen Sprache und von »Genderismus« gesprochen – selbst das Binnen-I erscheint manchen als ungeheuerliche Zumutung.

Vermeintlich »besorgte« Eltern demonstrieren gegen die Integration von Homosexualität in die schulische Sexualpädagogik, sie fürchten, das Sprechen über Schwule und Lesben könnte zur »Frühsexualisierung« oder »Verschwulung« ihrer Kinder führen. Co-Eltern in Regenbogenfamilien haben um ihre Anerkennung als »richtige« Eltern zu kämpfen. Und überhaupt, »schwule Sau« und »Kampflesbe« sind weiterhin beliebte Schimpfwörter. Aber auch folgende Tendenz ist aktuell zu beobachten: »Queer« ist teilweise zum reinen Modebegriff geworden – Hauptsache alles glitzert und ist schön bunt. Zweigeschlechtlichkeit, Sexismus und Heteronormativität als solche in den Blick zu nehmen, scheint nicht mehr so wichtig. CSD bedeutet dann oftmals, nicht (mehr) zu hinterfragen, welche Diskriminierungen und Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft existieren, sondern nur noch Party.

Doch ist es das, wofür die Aktivistinnen und Aktivisten die vielen Jahre gekämpft haben? Dass nun einer kleinen Gruppe von weißen Mittelschichtslesben und -schwulen ein Platz in der neoliberalen Gesellschaft zugestanden wird? Wohl kaum, und deswegen ist es nach wie vor wichtig, auf Machtverhältnisse und Ungerechtigkeiten hinzuweisen – gerade deshalb, weil viele LGBTQIA* auch von anderen Diskriminierungen betroffen sind. Zum Doppelhaushalt 2015/16 hatte unsere Fraktion eine Stellenenerweiterung (es geht hier gerade mal um eine halbe Stelle!) beantragt, die dem Aufga-

benbereich »gleichgeschlechtliche Lebensweisen« im Referat für Gleichstellung zugutekommen sollte. Dieser Antrag wurde sowohl durch den Verwaltungsstandpunkt der Stadt als auch mit deutlicher Mehrheit von der Ratsversammlung abgelehnt. Bis heute sind in Sachsen noch nicht in allen Landesgesetzen und Verordnungen eingetragene Lebenspartnerschaften umfassend verankert. Immer noch müssen wir dafür kämpfen, dass es nicht nur bei Lippenbekenntnissen für »die Vielfalt« bleibt, sondern Taten folgen. 1969 kam es am New Yorker »Stonewall Inn« zu Straßenkämpfen, weil die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch gegen Polizeigewalt und Diskriminierung demonstrierten. Auch im Gedenken an diesen Tag rufen wir heutzutage zur Teilnahme am Christopher Street Day auf.

Beinahe ein halbes Jahrhundert nach den New Yorker Straßenkämpfen von 1969 erkennt der Supreme Court an, dass Lesben und Schwule heiraten dürfen sollen. Das ist toll. Aber das Urteil bedeutet nicht, dass es tatsächlich eine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit LGBTQIA* gibt. Dafür bleibt noch viel zu tun, nicht nur – aber auch – dafür, dass die Regenbogenfahne einfach eine ganze Woche durchgängig gehisst bleiben darf. ●

Berichte aus dem Stadtrat

»Fütterungsverbot von Wildtieren auf städtischem Gebiet« beschlossen

Der Stadtbezirksbeirat Südwest hat mit dem Stadtrat das Thema des teilweise invasiven Vordringens von Wildtierarten ins Stadtgebiet aufgegriffen, hat nicht nur nach den Gründen für diese Entwicklung gesucht, sondern auch Gegenmaßnahmen beraten. Mit dem Beschluss zur Wichtigen Angelegenheit ist erreicht, dass über das Fütterungsverbot von Wildtieren die Bevölkerung auf geeignete Weise durch die Stadtverwaltung zu informieren ist. Es sollen nun auch bei Missachtung des Fütterungsverbotes Sanktionen zum Tragen kommen. Stadtweit hatten Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsräte ihr inhaltliches Einverständnis mit den Forderungen des SBB Südwest rückgemeldet, da es überall zu Konflikten zwischen Menschen und Wildtieren, zwischen eingewanderten und heimischen Arten kommt, die durch Fütterungen noch weiter verstärkt werden.



Dr. Judith Künstler
Stadträtin
gesundheitspolitische Sprecherin
Jahrgang 1970
Hausärztin, 1 Kind

Betriebsausschuss Jugend und
Soziales • Aufsichtsrat Städtische Be-
stattungswesen GmbH • Drogenbeirat

Ratsreporter Rudi



Gemeiner Heizpilz im Rathaus gesichtet

In diesem Jahr hat Leipzig, 50 Jahre nach der 800-Jahr-Feier, nicht nur 1000-jährigen Geburtstag gefeiert, sondern in diesem Zusammenhang auch den 1. Leipziger Bürgerball springen lassen.

Mit viel Glamour durfte Finanzbürgermeister Torsten Bonew, zugleich Leipzigs oberster Partybär und zuständig für die 1000-Jahr-Feier, im öffentlichen Auftrag nicht nur den »Reigen des längsten Bürgerfestes« eröffnen, sondern mal ordentlich den Rubel rollen lassen.

Damit am 30. April auch alle Bürgerinnen und Bürger ein vornehmlich warmes Tanzbein schwingen konnten, hatte er sich eine ganz besondere Raffinesse überlegt: Er verpflanzte kurzerhand ein paar Heizpilze ins Neue Rathaus. Dabei scheint er die Rechnung aber ohne den Wirt gemacht zu haben.

Dass der Stadtrat im Jahr 2011, da war die Stadt immerhin schon 996 Jahre alt, eine Kampagne zur freiwilligen Abschaffung der Heizpilze in gastronomischen Einrichtungen gestartet hatte, war ihm entweder nicht bekannt oder vielleicht auch Schnuppe, weil das Rathaus schließlich keine gastronomische Einrichtung, sondern ein Bürgerhaus ist. Vieles deutet auf Letzteres hin, denn die Heizpilze verschwanden – ähnlich einer Sternschnuppe – so schnell wie sie gekommen waren.

Gefeiert wurde trotzdem, nunmehr aber nicht nur bürgerfreundlich, sondern auch klimafreundlich.

Wie ich lernte den Lärm zu lieben

von Daniel von der Heide

Nach der Geburt meines Sohnes war das Spaziertragen im Tragetuch für Wochen die sicherste Variante, um ihn zum Einschlafen zu bringen. Jedoch war es nicht der nahe gelegene Park, das Rauschen der Blätter der Bäume und das Zwitschern der Vögel, das ihn zum Einschlafen brachte. Stattdessen schlief er zuverlässig ein, wenn ich mit ihm die recht verlärmten Straßen, die sich um unser Haus »herumfädeln«, entlangspazierte. Das stete Rauschen des Autoverkehrs ließ meinen Sohn langsam wegdämmern. Für ein paar Wochen lernte ich den Lärm zu lieben.



Unter besonderen Umständen kann man sich also auch in Bezug auf Lärm glücklich fühlen, in Leipzig zu wohnen. Ansonsten ist zum Lärmschutz wenig Erfreuliches zu berichten und vonseiten der Stadtverwaltung wohl leider auch wenig zu erwarten.

Im Februar eröffnete Bürgermeister Rosenthal in seiner Antwort auf eine unserer Anfragen noch sehr positive Aussichten: Der Umsetzungsbericht zum Lärmaktionsplan von 2013 sollte »in den nächsten Wochen dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben werden«. »Die Umsetzung einer intensiven und umfassenden Öffentlichkeitsbeteiligung« wurde für Mitte des Jahres angekündigt. Die Fortschreibung des Lärmaktionsplanes solle noch in der Dezembersitzung der Ratsversammlung verabschiedet werden. Angesichts der Tatsache, dass der bisherige Lärmaktionsplan bereits bei seiner Beschlussfassung nicht den damals aktuellen Gegebenheiten entsprach und z. B. den Fluglärm erst gar nicht berücksichtigte, klangen Rosenthals Worte doch zumindest so, als wollte die Verwaltung sich diesem Thema nunmehr mit der notwendigen Dringlichkeit widmen. Jedoch: Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe des Ratschlages liegt uns noch immer kein Umsetzungsbericht vor. Mit der angekündigten Bürgerbeteiligung, für die aufgrund entsprechender Stadtratsanträge sogar noch zusätzliche Mittel im Haushaltsplan für 2015 eingestellt worden sind, wurde bisher nicht ernstgemacht.

Eine erneute Nachfrage unserer Fraktion wurde Anfang Juli mit dem Versprechen beantwortet, dass der Umsetzungsbericht nun im dritten Quartal 2015 vorgelegt werden wird, die Bürgerbeteiligung bis Ende November erfolgen und die Fortschreibung im 2. Quartal 2016 beschlossen werden solle. Ob dieser Zeitplan noch einzuhalten ist, scheint fraglich. Angesichts der Relevanz der Lärmproblematik für Gesundheit und Wohlbefinden ein äußerst unbefriedigender Zwischenstand. Offensichtlich besteht auf Seiten der Stadtverwaltung wenig Interesse daran, an diesem Thema effektiv zu arbeiten. Es erweckt auch wenig Vertrauen, wenn ein Umsetzungsbericht, der Anfang des Jahres schon fast fertig gewesen sein soll, bis Ende September nicht veröffentlicht wurde. Interessant wäre doch z. B. zu erfahren, inwieweit »Geschwindigkeitsreduzierungen [als] effektive und kostengünstige Maßnahmen« (Zitat aus Lärmaktionsplan 2013) umgesetzt wurden oder welche Auswirkungen die Einführung der Umweltzone für den Lärmschutz hat. Im Zusammenhang mit der Lärmproblematik und dem Lärmaktionsplan möchte ich an dieser Stel-



Daniel von der Heide
Stadtrat
verkehrspolitischer Sprecher
Prokurist
Jahrgang 1983
1 Kind

FA Stadtentwicklung und Bau • Verwaltungsausschuss • Rechnungsprüfungsausschuss • Vergabegremium VOB • Aufsichtsrat LVB • Verbandsrat Zweckverband Naherholungsgebiet Kulkwitzer See

DNA-Datenbank für Hunde abgelehnt

Der Petitionsausschuss hat dem Stadtrat vorgeschlagen, die (erste Online-)Petition zur Einrichtung einer DNA-Datenbank für Hunde, die dazu dienen soll, den Übeltätern von Hunde-Hinterlassenschaften forensisch auf die Spur zu kommen, abzulehnen. Was in anderen Ländern (Israel, England und Italien) nach und nach eingeführt wird, ist in der deutschen Gesetzgebung momentan jedoch nicht verankerbar. Zum Anlegen einer Datenbank müsste ein Zwang zur Registrierung der Hunde dafür bestehen. Es besteht jedoch noch nicht einmal Chippflicht. Selbst dann, wenn dies irgendwann mal der Fall sein würde, müsste Leipzig Investitionen von 5 Mio € aufbringen, um eine Datenbank aller 18.000 Leipziger Hunde aufzubauen. Aus den genannten Gründen folgte der Stadtrat der Empfehlung des Petitionsausschusses.

le auf die Möglichkeit hinweisen, sich auf www.leipzig.de/stadtplan (unter: Projektwechsel) die Lärmkartierung sehr anschaulich anzeigen zu lassen. Hier können Interessierte auf Grundlage der Lärmkartierung von 2012 schauen, wie stark welche Lärmart ein bestimmtes Haus bzw. spezielle Orte in Leipzig beeinträchtigen.

Ein Beispiel für Transparenz, wie man sie sich auch an anderer Stelle und für die Fortschreibung des Lärmaktionsplanes wünschen würde! ●

Berichte aus dem Stadtrat

Zweijährige Förderung von Vereinen und Verbänden

Die Fraktion beantragte die Einführung einer zweijährigen Förderung für Vereine und Verbände, da dies nicht nur die Antragstellerinnen und Antragsteller vom alljährlichen umfassenden Antragsverfahren entbinden und darüber hinaus Planungssicherheit für zwei Jahre bieten, sondern auch eine Entlastung für die an vielen Stellen ohnehin bereits überlastete Stadtverwaltung darstellen würde. Der Stadtratsbeschluss ist ein Arbeitsauftrag für die Überarbeitung der Fachförderrichtlinien der Ämter, die laut Entwurf der Rahmenrichtlinie (Beschluss dazu im November 2015) zwar eine zweijährige Förderung ermöglichen wollen, ein einjähriges Förderverfahren jedoch letztendlich weiterhin bevorzugen. Dieses Prinzip soll nun umgedreht werden, sodass fortan eine zweijährige Förderung, angebunden am jeweiligen Doppelhaushalt, das normale Verfahren ist, eine einjährige Förderung in begründeten Fällen aber immer auch möglich bleibt.

Willkommen in der Kulturstadt Leipzig

von Katharina Krefft

Leipzig engagiert sich – im Ehrenamt, mit Spenden und bei Willkommensaktionen. Eine faszinierende Welle der Hilfsbereitschaft hat unser Land ergriffen. Wir erleben, dass es eine Willkommenskultur in unserer Stadt von vielen Menschen gelebt wird. Es sind ermutigende Beispiele, wenn sich immer wieder neue Initiativen zusammenfinden, um sowohl die Ankunft als auch die Unterkunft von Flüchtlingen in Leipzig zu begleiten, zu unterstützen und den Alltag ohne viel Aufheben bewältigen zu helfen. Darüber hinaus unterstützen bewährte Organisationen: der Flüchtlingsrat, die Migrantenhilfe der Caritas, die Internationalen Frauen und die vielen Vereine, die über ihre Bildungs- und Kulturarbeit Integrationsarbeit leisten.

Das Ausmaß der Fluchtbewegungen nach Europa wird uns gerade erst annähernd bewusst: Heute wissen wir, dass es richtig war, dass die Grünen bereits seit 2009 Forderungen aufstellten und die politische Diskussion und Konsensfindung einleiteten. Wir setzen uns schon geraume Zeit ein:

- für einen Runden Tisch Asyl, wo Verwaltung und Initiativen zusammenarbeiten;
- für menschenwürdige Unterkünfte und möglichst dezentrale Unterbringung in kleinen Einrichtungen/Wohnungen im gesamten Stadtgebiet;
- für die Sozialbetreuung von Flüchtlingen.

Im August lebten 2.919 Personen in Leipzig, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhielten. 57 % von ihnen lebten in einer Gemeinschaftsunterkunft. Für 43 Prozent war die Vermittlung in eine eigene Wohnung erfolgreich. Diese Zahlen machen deutlich, welche Leistung in der Sozialverwaltung, von Wohnungsunternehmen und Vereinen erbracht wurde und wird.

Noch zu Jahresbeginn diskutierten wir hart im Stadtrat über die Größe und den Weiterbestand der Flüchtlingsunterkunft in der Torgauer Straße. Leipzig erwartet inzwischen 5.400 Flüchtlinge in diesem Jahr. Die Pläne für den Bau weiterer großer Unterkünfte wurden vorangetrieben, weil wir diese Infrastruktur brauchen werden. Die Information des Fachausschusses geschieht laufend, frühzeitig und vertrauensvoll. So haben wir rechtzeitig die

Möglichkeit, um eventuelle Einwände oder Vorschläge einzubringen.

Den kritischen Blick allerdings haben wir gelernt, denn in der Vergangenheit war das Verwaltungshandeln nicht Kritik frei, ging das wünschenswerte Hand-in-Hand-Arbeiten nur knirschend voran. Zudem wurden viele Einrichtungen oft von massivem und organisiertem Widerstand »besorgter Bürger« begleitet. Die Stadt stolperte in öffentliche Veranstaltungen und lernte erst mit der Zeit, souveräner zu agieren.

Inzwischen ist auch der Stadtspitze klar, dass es deutlich an Verwaltungspersonal fehlt. Daher werden nun über 150 neue Stellen besetzt – in allen Verwaltungsbereichen, die mit dieser Thematik befasst sind. Nach meiner Schätzung kommt dies mindestens einer Vervielfachung der zuletzt thematisch zuständigen Verwaltungsmitarbeiter und -mitarbeiterinnen gleich, deren bisherige Arbeit ausdrücklich zu würdigen ist.

Der Oberbürgermeister berief in den letzten Tagen einen Runden Tisch Asyl ein. Wichtige Akteure sind erstmalig zusammengekommen und haben ihre Unterstützung im Integrationsprozess erklärt. Zudem wird der zuständige Fachausschuss einen Unterausschuss Asyl einrichten, dessen Gründung der Rat bereits zu Jahresanfang zugestimmt hat. Neben der Unterbringungsfrage können sich in diesem Ausschuss die Stadträte und Stadträtinnen und die Verwaltung mit Fragen von Integration, interkultureller Bildung und Demokratie auseinandersetzen.



Foto: Cordula Rosch



Katharina Krefft
Fraktionsvorsitzende schul- und sozialpolitische Sprecherin
Jahrgang 1978
Ärztin, verheiratet
4 Kinder

Ältestenrat • Verwaltungsausschuss Fachausschuss (FA) Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule • Aufsichtsrat Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (LVV) • Aufsichtsrat Klinikum St. Georg gGmbH

Das aktuelle Ziel unserer Fraktion ist, mit dem Antrag zum Willkommenszentrum (siehe Artikel von Petra Čagalj Sejdi) und einem Antrag zur Finanzierung von Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen in den etablierten Vereinen der Flüchtlingsarbeit Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Vereine ihre Aufgaben auch tatsächlich erfüllen können. Die Aufgaben werden ja nicht weniger. Nach dem Willkommen will der Alltag organisiert werden: Sprachkompetenz, Schule, Arbeit etc.

Es wird darauf ankommen, die Kultur des Willkommens in unserer Kulturstadt lebendig zu halten. Kultur spielt in Leipzig eine geradezu identitätsstiftende Rolle. Integration ist nicht nur eine Leistung, die wir einseitig nur den Migranten und Migrantinnen abfordern dürfen – zur Integrationsbereitschaft sind wir alle aufgefordert. ●

Berichte aus dem Stadtrat

Überprüfung auf Stasi-Mitarbeiter bis 2019 möglich

Eine Petition beehrte die erneute Einrichtung eines Bewertungsausschusses, der bei Bedarf und in begründeten Fällen Personalien auf eine frühere Stasi-Mitarbeit untersucht.

Der Stadtrat folgte dem Vorschlag des Petitionsausschusses nach ausführlicher und kontroverser Diskussion mehrheitlich – gegen die Stimmen der Linksfraktion.

Wofür wir ein Willkommenszentrum brauchen

von Petra Čagalj Sejdi

Wer neu in eine Stadt kommt, hat viele Fragen. Besonders wenn man die Sprache nicht beherrscht oder sich mit den verschiedenen Abläufen, Gesetzen und Zuständigkeiten noch nicht richtig auskennt. In solchen Fällen ist es schwer allein zu rechtzukommen, man braucht jemanden, der einem hilft, an die Hand nimmt, zeigt, was wie funktioniert.

Hier hilft zum Beispiel das Referat für Migration und Integration der Stadt Leipzig oder auch Initiativen wie der Verein für Interkulturelle Arbeit, Jugendhilfe und Schule e. V. (RAA) oder für Asylbewerber und Asylbewerberinnen und Flüchtlinge der Flüchtlingsrat. Doch gibt es daneben noch viele weitere Akteure, die sich in den letzten 25 Jahren gebildet haben und die ihren Teil zu einem Willkommen in unserer Stadt seit Jahren beitragen.

Die Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge, Asylbewerber und Asylbewerberinnen, die wir in den letzten Wochen erleben, ist für viele nicht neu. Sie arbeiten seit Jahren engagiert in diesem Bereich, helfen und begleiten Flüchtlinge und Asylbewerber und Asylbewerberinnen und alle anderen Neuankömmlinge aus dem Ausland in unserer Stadt. Wer bei seiner Ankunft eine solche Unterstützung bekommt, hat Glück und kann viel einfacher in das Leipziger Leben starten. Doch wie findet man den Weg zu dieser Hilfe? Neben den Adressen, die auf der Internetseite der Stadt Leipzig bekannt gegeben werden, gibt es kaum eine andere Möglichkeit sich einen Überblick zu verschaffen. Es fehlt ein Anlaufpunkt. Eine Stelle an der man seine ersten Fragen stellen kann und erfährt, wer einem weiterhilft. Was in Leipzig fehlt, ist eine Stelle, an der alle Angebote, Informationen, Hilfen, etc. für Neuankömmlinge aus dem Ausland zusammenlaufen und gebündelt werden.



Foto: Michael Schmidt

Kurzum, wir benötigen ein Willkommenszentrum! Hamburg, Stuttgart und kürzlich auch Halle haben bereits eins und viele deutsche Städte sind aktuell dabei ein solches Zentrum einzurichten. Ein Zentrum in dem man erst mal ankommen kann, Fragen stellen kann, Antworten bekommt und wo einem gezeigt wird, wie es weiter geht.

In einem Willkommenszentrum können alle Informationen zusammenlaufen. Hier können alle Vereine und Initiativen für Migranten und Migrantinnen miteinander und mit der Stadtverwaltung vernetzt arbeiten, hier können Formulare der Ausländerbehörde ebenso ausgeteilt werden, wie Anmeldungen für Kitaplätze, Informationen über Deutschkurse oder über die nächste migrantische Selbstorganisation in der Nähe. Doch nicht nur den Neu-Leipzigern und Leipzigerinnen soll das Willkommenszentrum helfen, auch Alteingesessene können dort Unterstützung finden, so z. B., wenn sie Hilfsangebote für Asylbewerber und -bewerberinnen anbieten wollen, aber nicht wissen, an wen sie sich mit ihrem Anliegen wenden sollen.

Das Willkommenszentrum soll vernetzen, zusammenführen und damit helfen, die vorhandenen Strukturen zu unterstützen, zu stärken und effektiver werden zu lassen. Leipzig ist eine internationale Stadt, viele Menschen kommen aus verschiedenen Ländern zu uns, um hier zu arbeiten, zu stu-



Petra Čagalj Sejdi
Stadträtin migrationspolitische Sprecherin
Jahrgang 1978
Germanistik, Südosteuropawissenschaft, Kommunikations- und Medienwissenschaft M.A., verheiratet, zwei Kinder

Jugendhilfeausschuss • FA Wirtschaft und Arbeit • Migrantenbeirat • Aufsichtsrat Leipziger Gewerbehofgesellschaft mbH & CoKG • Aufsichtsrat Leipziger Gewerbehof Service GmbH • Aufsichtsrat Saatzeit Plaußig GmbH • Verbandsrat Sparkassenzweckverband

dieren und zu leben. Ein Willkommenszentrum wäre genau das richtige Aushängeschild, um ihnen allen zu zeigen, dass wir in Leipzig nicht nur über Willkommenskultur reden, sondern auch in der Lage sind, sie umzusetzen. ●

Berichte aus dem Stadtrat

Schulwegsicherheit in Schleußig verbessert

Wenn an Straßen gebaut wird und Sperren nötig sind, sind manchmal auch Schulwege von Grundschulkindern betroffen. Das war während der Sanierungsarbeiten in der Könnertitzstraße erlebbar, als an der Schule am Auwald plötzlich sehr viele Autos die Überquerung von kleinen Straßen unsicher werden ließen. Unsere Fraktion beantragte Maßnahmen, die kurzfristig greifen. Zukünftig soll verstärkt bereits im Vorfeld geprüft werden, ob bzw. inwieweit Schulen grundsätzlich betroffen sind und präventiv Aktionen für die Schulwegsicherheit eingeplant werden müssen.

Bedarfsplanung Kindertagesstätten für das Schuljahr 2015/2016

Die jährliche Bedarfsplanung für Planung und Bau von Kita- und Hortplätzen sowie die Einrichtung und Verwaltung von Betreuungsplätzen in der Tagespflege ist beschlossen worden. Nach wie vor zeigen sich die tatsächlichen Platzbedarfe höher als die optimistischsten Bevölkerungsprognosen der Verwaltungsstatistiker vorausgesagt hatten. Daraus folgt, dass es auch im Schuljahr 2015/16 zu einem massiven Ausbau der Betreuungskapazitäten kommen muss.

Durch den neuen Elternaccount unter www.meinkitaplatz-leipzig.de und die verpflichtende Bedarfsmeldung wird die Ermittlung zukünftiger Bedarfe zielgerichteter erfolgen. Aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die damals den wegweisenden Antrag zur Weiterentwicklung des Kitaplatz-Moduls gestellt hatten, ein großer Erfolg, da gerade Eltern nunmehr leichtere und transparentere Strukturen bei der Suche nach einem Betreuungsplatz vorfinden.

Das Wohnungspolitische Konzept: Rahmen statt Zauberformel

von Tim Elschner

Das neue Wohnungspolitische Konzept der Stadt Leipzig liegt vor. Es musste fortgeschrieben werden, weil unsere Stadt wächst – und zwar deutlich stärker, als es noch vor wenigen Jahren zu erwarten war. Entgegen der letzten Bevölkerungsvoraus-schätzung hat sich der Wanderungsgewinn in den letzten drei Jahren um mehr als 10.000 Personen pro Jahr verdoppelt. Dennoch gibt es aktuell noch keinen Wohn-raummangel.

Es wird getragen von dem Leitbild, dass alle entsprechend ihrer Wünsche, Bedürfnisse und auch ihrer materiellen Möglichkeiten adäquaten Wohnraum finden können sollen. Gleichzeitig sollen die während des zurückliegenden Stadtumbaus entstandenen Potenziale und innovativen Projekte, beibehalten und auch weiter gefördert werden. Außerdem gilt es, die negativen Effekte eines angespannten Wohnungsmarktes einzuschränken. Gleichzeitig ist Ziel, ein Gleichgewicht zwischen der langfristigen Bezahlbarkeit des Wohnens und guten Rahmenbedingungen für eine notwendige Erweiterung des Wohnungsbestandes zu schaffen.



Foto: Privat

Unsere Fraktion begrüßt das klar strukturierte Konzept, denn es baut auf einen intensiven Diskussions- und Beteiligungsprozess auf. Parallel zu Workshops mit Wohnungsmarktakteuren und Experten fanden Bürgerforen zu verschiedenen wohnungspolitischen Themen statt. Es war richtig, diese umfangreiche Bürgerbeteiligung durchzuführen. Denn Ziel des mehrstufigen Beteiligungsverfahrens war einerseits, die durchaus bestehenden unterschiedlichen Sichtweisen der verschie-

denen Akteursgruppen auf die aktuelle und zukünftige Wohnungsmarktentwicklung offenzulegen, und andererseits, ein gegenseitiges Verständnis zu entwickeln, um gemeinsame Handlungsbedarfe und -möglichkeiten, Instrumente und Maßnahmen noch präziser definieren zu können. Gerade in Bezug auf eine soziale Wohnungsbauförderung wurden zu Recht Forderungen an Bund und Land gestellt.

Es wurden vier Leitlinien definiert und mit kooperativen und aktivierenden Maßnahmen und Instrumenten untersetzt, um frühzeitig einem angespannten Wohnungsmarkt vorzubeugen:

1. Wohnen in Leipzig – für alle, vielfältig, bezahlbar und wirtschaftlich tragfähig;
2. Genügend Wohnungen für einkommensschwache Haushalte;
3. Familien, Senioren und Menschen mit Behinderungen besonders unterstützen;
4. Wohnen als Teil integrierter Stadtentwicklung.

Uns ist es wichtig, dass eine kontinuierliche und weiter auszubauende Wohnungsmarktbeobachtung durchgeführt wird, und dass die Veränderungsprozesse künftig gemeinsam bewertet werden. Außerdem soll ein Expertenforum zu Aspekten des Leipziger Mietpiegels durchgeführt werden. So wäre insbesondere die Mietpreisbremse einzuführen und eine Absenkung der Kappungsgrenze vorzunehmen, wenn es entsprechend der rechtlichen Voraussetzungen klare Anzeichen für einen angespannten Wohnungsmarkt gibt. Gleichzeitig wären die Eigentümerziele der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH (LWB) in Bezug auf die soziale Wohnraumversorgung gegebenenfalls anzupassen.

Wir begrüßen, dass an gut erschlossenen Standorten der Geschosswohnungsbau priorisiert werden soll, und sprechen uns dafür aus, dass insbesondere bei ein- oder zweigeschossigen Sonderbauten wie Supermärkten oder Kindertagesstätten eine Nutzungsintensivierung durch Überbauung zu erfolgen hat. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass neben dem Wohnen Menschen auch Freiräume sowie Rückzugs- und Gestaltungsmöglichkeiten brauchen. Wir werden darauf achten, dass bei einer quantitativen Minderung von Freiräumen es zumindest zu einer qualitativen Aufwertung

anderer Grün- und Freiflächen kommt. Darüber hinaus, dass Projekte immer auch auf ihre stadtökologische Verträglichkeit geprüft werden.

Außerdem sollen geeignete kommunale Liegenschaften entsprechend der Leitlinien des Wohnungspolitischen Konzeptes vergeben werden, damit insbesondere sozial und nutzungsstrukturell gemischten Stadtteile erhalten oder neu geschaffen werden. ●



Foto: Privat



Tim Elschner
 Stadtrat
 Stadtentwicklungs- und verwaltpolitischer Sprecher sowie Sprecher für Bürgerbeteiligung und Transparenz

Jahrgang 1968, Jurist

- FA Stadtentwicklung und Bau
- FA Allgemeine Verwaltung
- Grundstücksverkehrsausschuss
- Umlegungsausschuss
- Gestaltungsforum
- Ehrenrat

Berichte aus dem Stadtrat

Stadt gegen »Kiestagebau Zitzschen«

Die Renaturierung der Auenlandschaft der Weißen Elster und der Bergbau-Folgelandschaften um Knautnaundorf und Zitzschen soll nach Plänen der Landesregierung zugunsten eines neuen Kiestagebaus im 24-Stunden-Betrieb aufgegeben werden. Dann würden Lärm- und Staubimmissionen die Orte für die nächsten 40 Jahre extrem belasten. Unsere Fraktion hat erreicht, dass eine Klage gegen eine mögliche Genehmigung geprüft wird.

25 Jahren Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in Leipzig – Empfang im Neuen Rathaus

von Norman Volger

Am 30. Juni war es soweit: Sowohl die A meisten Ehemaligen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die zu Beginn noch Fraktion Grün/Lila und Bündnis 90 hieß, als auch die aktuell gewählten Stadträtinnen und Stadträte sowie die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren unserer Einladung gefolgt, den 25. Geburtstag unserer Fraktion zu feiern. Bei dieser Gelegenheit wurden Gedanken, Meinungen und vor allem Erinnerungen ausgetauscht sowie die aktuellen politischen Geschehnisse diskutiert. So kamen etwa 40 Menschen im Ratsplenarsaal im Neuen Rathaus zusammen.

Nach der Begrüßung durch unsere Fraktionsvorsitzende Katharina Krefft ergriff Friedrich Magirus, einer der Aktiven in den ersten Stunden des Umbruchs und späterer Stadtpräsident, das Wort. Er appellierte an die Würde des Menschen, mahnte gegenseitigen Respekt an und erinnerte daran, dass die ständige Verteidigung der Freiheit bis heute unerlässlich ist. Er zielte mit seinen Worten vor dem Hintergrund der aktuellen Geschehnisse insbesondere auf die humane Behandlung und Aufnahme von Flüchtlingen ab.

Anschließend erinnerte Gisela Kallenbach, die 1990 zu den ersten Stadtverordneten der Grün/Lila-Fraktion gehörte, an den Anfang der Fraktion: »Auf den Tag genau vor 25 Jahren und einem Monat trat die erste frei, [...], direkt und geheim gewählte Stadt-



Foto damals: Privat



Foto heute: Henning Croissant

verordnetenversammlung zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen [...]. Zehn Vertreterinnen und Vertreter vom Bündnis 90 und sechs von der Liste der bereits gegründeten Grün/Lila Partei – damals noch getrennt angetreten – sollten nun dabei sein, um das gerade von der Volkskammer verabschiedete Gesetz über die Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise in der DDR umzusetzen.«

Und der Beginn war mehr als schwierig. Von einer Dauer-Baustelle, dem Neuen Rathaus, aus, mussten zahllose Anfragen, Anträge und Initiativen zu Themen eingereicht und verteidigt werden, die denen von heute sehr ähnlich sind, so z. B. zum Thema nachhaltige Verkehrskonzepte oder umwelt- und sozialverträgliche Quartiersplanung oder zu Themen wie Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Mit dabei unter anderen Jochen Lässig, der erste Fraktionschef, Susanne Kucharski-Huniat, seit 1994 Kulturamtsleiterin, Dr. Rita Sèlitrenny, bekannt geworden durch ihre hartnäckigen Nachfragen im LWB-Untersuchungsausschuss, und Matthias Kittlitz, dem es zu verdanken ist, dass es bereits früh im Rathaus eine Beauftragtenstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen gab.

Wie verbindend die gemeinsame Zeit in der Fraktion, die gemeinsamen Wahlkämpfe, Sitzungen, Marathon-Ratsversammlungen, die zahllosen Projekte usw. waren, wurde durch den lebhaften und ungezwungenen Austausch an den Tischen deutlich. Jede und Jeder sah sich einer gemeinsamen Mission verpflichtet: die Leipzigs Politik zu bereichern – sie also bunt, demokratisch, gesund und zukunftsfähig zu gestalten. Die Eintragungen in unser Gästebuch zeigen, wie wichtig es ist, an die ehrenamtliche Arbeit, die in der Vergangenheit von den Stadträtinnen und Stadträten geleistet wurde, zu erinnern. So schrieb Roland Keil: »Danke für dieses wunderbare Familienfest im Kreis dieser engagierten Menschen.« Es wird sicher nicht das letzte Treffen dieser Art gewesen sein. Auf jeden Fall sind die Erfahrungen, Visionen und Initiativen der Ehemaligen für uns heute wertvoll und wegweisend. Alle Reden sowie ein Film zu 25 Jahren Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen findet sich auf unserer Website. ●



Norman Volger
 Fraktionsvorsitzender
 ordnungspolitischer Sprecher
 Jahrgang 1978
 Abschluss in Politikwissenschaft, Soziologie,

Kommunikations- und Medienwissenschaft, verheiratet, 2 Kinder

- Ältestenrat
- Vergabegremium VOL
- FA Sport
- FA Umwelt und Ordnung
- Verwaltungsausschuss
- Aufsichtsrat Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (KWL)
- Bewertungsausschuss

Berichte aus dem Stadtrat

Änderung der strategischen Liegenschaftspolitik beschlossen

Um den Erfordernissen einer nachhaltigen Stadtentwicklung stärker Rechnung zu tragen, bedarf es eines langfristig ausgerichteten modernen Flächenmanagements und einer transparenteren Liegenschaftspolitik. Deswegen stellte unsere Fraktion erfolgreich einen Antrag, der diese strategische Neuausrichtung einfordert. Die Stadt hat die Pflicht zur Daseinsvorsorge. Um dieser Pflicht gerecht zu werden, muss sie sich einem Konkurrenzkampf verschiedener Nutzungsansprüche an Flächen stellen: Wohnen steht in Konkurrenz mit gewerblicher Nutzung. Und beide stehen im Wettbewerb mit der Realisierung der erforderlichen sozialen Infrastruktur und dem Erhalt bzw. der Schaffung von Freiraum. Wir Grünen halten den strategischen Flächen- und Gebäudeerwerb zur Weiterentwicklung der nutzungsgemischten Stadt für erforderlich und sprechen uns deswegen für ein Umdenken bei der Vergabe geeigneter Grundstücke aus – für die Schaffung von Wohnraum oder alternativ für kulturelle Nutzungen. Diese Forderung wird von der Verwaltung nunmehr aktiv unterstützt. Bis Anfang 2016 soll ein entsprechendes Konzept und ein Verfahrensvorschlag vorgelegt werden.

Taugt Elektromobilität als intelligente Mobilität?

von Michael Schmidt

Elektromobilität ist in aller Munde, doch auf deutschen Straßen und in Leipzig ist davon noch wenig zu spüren. Dafür gibt es viele Gründe und einige davon lassen Zweifel an der Zukunftsfähigkeit der deutschen Automobilindustrie und damit der Wirtschaftskraft des ganzen Landes aufkommen.

Das allerdings ist umso besorgniserregender, wenn man bedenkt, dass in Deutschland jeder 7. Arbeitsplatz direkt oder indirekt an der Automobilbranche und deren Exporten hängt. Elektromobilität besitzt zweifelsfrei das Potenzial, Lärm- und Abgasemissionen in Deutschland im Bereich des motorisierten Individualverkehrs deutlich zu reduzieren. Voraussetzung für Elektromobilität aber sind neben dem zielgerichteten Ausbau der erneuerbaren Energien, die entschlossene Weiterentwicklung der Fahrzeuge und der Stromspeicher sowie der Ausbau der Ladeinfrastruktur.

Wind und Sonne werden die Hauptpfeiler der zukünftigen Stromversorgung sein. Im ersten Halbjahr 2015 haben die erneuerbaren Energien 32,5 Prozent des Strombedarfs in Deutschland gedeckt. An vielen Tagen im Sommer liegt der Anteil bereits heute über 50 Prozent und damit höher als die meisten »Experten« für möglich gehalten haben. Aktueller Rekordtag war der 25. Juli 2015, an diesem Tag wurden 78 Prozent des deutschen Strombedarfs mit erneuerbarer Energie abgedeckt.



Foto: Oliver Beckel

In einem Szenario mit >50 Prozent erneuerbaren Energien wird zwangsläufig an vielen Stunden am Tag mehr Strom produziert als verbraucht werden kann. Deshalb benötigen wir saisonale Speicher etwa für die Wintermonate sowie Kurzzeitspeicher in Häusern,

Wohnquartieren, Unternehmen und natürlich auch auf der Straße. In Deutschland fahren ca. 40 Mio. Kraftfahrzeuge. Wenn ein signifikanter Teil dieser Autos auf CO₂-neutralem Strom fährt, haben wir das Speicherproblem ein Stück weit entschärft, unseren Vermieden und die Städte um einiges leiser gemacht. Das durchschnittliche deutsche Auto steht 23 ½ Stunden am Tag und fährt weniger als 20 Kilometer pro Tag. Es ist also ein idealer Speicher für Wind und Solarstrom. Es gibt nur sehr wenige Fahrzeuge, die jeden Tag mehr als 100 Kilometer fahren.

Die Verkaufszahlen von Elektroautos zeigen, dass die deutsche Automobilindustrie wenig Interesse hat, die Forschung, Entwicklung und Produktion auf den Bau von Elektroautos umzustellen. Während 2014 in Deutschland nur etwa 4.800 e-Autos verkauft wurden, waren dies in den USA 123.000. Dabei kommen die deutschen Autobauer in den USA gerade mal auf einen Marktanteil von 9 Prozent. Alles andere also als ein Exportschlager. Und im Bereich der Batteriezellfertigung hat Daimlers Vorzeigefirma Li-Tec Battery mittlerweile die Produktion eingestellt und akzeptiert so die Abwanderung der Zellfertigung nach Asien.

Leipzig versucht, seine Ladeinfrastruktur durch den Bau der Mobilitätsstationen weiter voranzutreiben. Probleme bereiten aber noch die unklare Beschilderung sowie die technische Störanfälligkeit. Was den ersten Punkt betrifft, so zeichnet sich eine Lösung ab, weil sich die Verwaltung endlich auf ein einheitliches Piktogramm geeinigt hat, das auf dem Boden der Ladestellplätze aufgebracht werden soll, um die Aufmerksamkeit von potenziellen Falschparkern zu wecken.

Leipzig wollte einst »Hauptstadt der Elektromobilität« werden, davon ist man jedoch weit entfernt, weswegen man nunmehr nur noch plant, »Stadt für intelligente Mobilität« zu sein. Für dieses allerdings arg abgespeckte Ziel wurde nun eine Vorlage verabschiedet, die mehr Fragen aufwirft als Antworten oder gar Pläne für die Zukunft aufzeigt.

Elektromobilität taugt als intelligente Mobilität, man muss nur bereit sein, den Ausbau entschlossen voranzutreiben. Und genau da ist in Deutschland und seinen Städten noch viel Luft nach oben. ●



Michael Schmidt
Stadtrat, jugend-, familien- und sportpolitischer Sprecher, Vorsitzender des Petitionsausschusses, Jahrgang 1977

Kommunikations-/Medienwissenschaftler und Politologe, Lebensgemeinschaft, 2 Kinder

Petitionsausschuss (Vorsitzender) • Jugendhilfeausschuss • (inkl. Unterausschuss Finanzen) • FA Sport • Kinder- und Familienbeirat • Aufsichtsrat LVB • Aufsichtsrat Sportbäder Leipzig GmbH (SBL) • Jugendbeirat

Berichte aus dem Stadtrat

Leipzig – Stadt für intelligente Mobilität

Die Vorlage beschreibt die bisherigen Aktivitäten der Stadt und ihrer Unternehmen im Bereich der Förderung der Elektromobilität in den vergangenen Jahren, ohne nur eine kritische Momentaufnahme zu bieten und die politischen Rahmenbedingungen zu verdeutlichen.

Leipzig hat sich in den vergangenen Jahren mit der Ansiedlung von BMW, Porsche sowie der Heiterblick GmbH zu einem Standort der Fahrzeugindustrie entwickelt. Zudem haben sich die Stadt und ihre Unternehmen in verschiedenen Netzwerken und Projekten zur Förderung der Elektromobilität engagiert. Dies sind u. a. die LVB-Projekte zum Einsatz von Elektrobussen, die Clusterarbeit im Bereich der Energie- und Umwelttechnik, das Projekt »Laternenparken«, die Etablierung einer Mobilitätsplattform sowie die Errichtung von zunächst 25 Mobilitätsstationen. Die Bandbreite der bisherigen Aktivitäten zeigt, dass Elektromobilität nicht auf den Pkw-Verkehr beschränkt ist, sondern ein Gesamtkonzept darstellt, in das die unterschiedlichen Mobilitätsformen, vom Schienen über den Rad- bis zum PKW-Verkehr einfließen. Es soll nunmehr ein städtisches Maßnahmen- und Umsetzungskonzept

Leipzig verträgt ein zweites Panometer

von Nicole Lakowa

Das Völkerschlacht-Panorama des Künstlers Yadegar Asisi im Leipziger Panometer ist in doppelter Hinsicht Geschichte.

In den nächsten Wochen wird das Panoramabild – vermutlich öffentlichkeitswirksam – vernichtet. Was schockierend anmutet, ist ein normaler Akt, der Platz für Neues schafft. So ist im Panometer seit dem 4. Oktober das Great-Barrier-Reef zu bestaunen und wird in den nächsten zwölf Monaten erneut viele Menschen nach Leipzig locken. Sollte das Völkerschlacht-Panorama nochmals an anderer Stelle ausgestellt werden, wird das digital gesicherte Kunstwerk der neuen Räumlichkeit angepasst und überarbeitet auf neue Bahnen gedruckt.

Eine Initiative von Vertretern und Vertreterinnen unserer Fraktion hat in den vergangenen Wochen eine Diskussion um den Bau eines zweiten Panometers ausgelöst, die deutlich zeigt, dass es einen klaren Willen sowohl in der Bevölkerung als auch in der Politik gibt, das Völkerschlacht-Panorama zu erhalten, damit es den zahlreichen Besuchern und Besucherinnen der Stadt auch weiterhin zugänglich und erlebbar bleibt.

Der Künstler hat frühzeitig Interesse und Kooperationsbereitschaft signalisiert und auch in einem persönlichen Gespräch klargemacht, dass bei einem solchen Gemeinschaftsprojekt zwischen Stadt und Asisi die finanziellen Lasten durch Sponsoren bzw. seine Gesellschaft und nicht von der Stadt Leipzig getragen werden müssten. Die Stadt sollte vielmehr die Möglichkeit des Baus einer für die Dauerausstellung des Völkerschlacht-Panoramas notwendigen zusätzlichen Rotunde durch die Zurverfügungstellung eines geeigneten und möglichst in der Nähe des Völkerschlacht-

denkmals befindlichen Grundstücks unterstützen. Der Ausbau des freien und grundsanierten ehemaligen Gasometers in der Roscherstraße ist eine denkbare Option, die dem denkmalgeschützten Rondell neues Leben einhauchen würde. Zudem sollte die Stadt es auch als ihre Aufgabe ansehen, das Völkerschlacht-Panorama zu bewerben bzw. in ihre Stadtmarketing-Aktivitäten einfließen zu lassen. So gab es ein sinnvolles Kombiticket für Völkerschlacht-Denkmal und Panometer, eine erfolgreiche Kooperation die unbedingt fortgesetzt werden sollte.

Leipzig hat mit dem Panometer ein nicht nur aus kulturellen Gesichtspunkten wichtiges Highlight zu bieten. Allein schon aus wirtschafts- und tourismuspolitischer Sicht bedeutet das Panometer ein Gewinn für Leipzig, es zieht jedes Jahr hunderttausende von Besuchern und Besucherinnen an, die oft auch weitere kulturelle Einrichtungen nutzen, die Stadt kennen lernen und weiterempfehlen, in Hotels übernachten und letztlich für Umsatz sorgen und der Stadt so Steuereinnahmen beschieren. Für die Stadtgeschichte bietet das Völkerschlacht-Panorama eine sinnvolle Ergänzung, um sich darüber hinaus auch mit der Geschichte Europas und seinen Verwerfungen zu beschäftigen. Für viele Menschen bietet es neben dem Besuch des Völkerschlachtdenkmals einen weiteren Anlass, sich näher mit der Leipziger Stadtgeschichte und speziell dem Thema Völkerschlacht auseinanderzusetzen.

Wir sollten daher gemeinsam versuchen, den Weg für den Bau einer zweiten Rotunde, die für die Dauerausstellung des Völkerschlacht-Panoramas zur Verfügung stehen sollte, zu bereiten. Die Stadt Leipzig würde davon immens profitieren. ●



Foto: Asisi Panorama GmbH

Berichte aus dem Stadtrat

Grüne-Initiative zur Informationsfreiheitsatzung erfolgreich

Die CDU/SPD-Koalition im Freistaat plant laut Koalitionsvertrag ein Sächsisches Informationsfreiheitsgesetz. Wir Grüne meinen aber, dies müsse ein umfassendes Informationsfreiheits- bzw. Transparenzgesetz werden! Unter Beachtung des Datenschutzes sollten grundsätzlich alle bei den öffentlichen Verwaltungen im Freistaat vorhandenen Informationen – Daten und Dokumente – weitestmöglich öffentlich zugänglich gemacht werden! Solange es ein Sächsisches Informationsfreiheitsgesetz nicht gibt, gilt die Ende 2012 vom Stadtrat auf Initiative der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beschlossene Informationsfreiheitsatzung.

Seitdem sind in der Stadt Leipzig mündliche und einfache schriftliche Auskünfte auch bei Herausgabe weniger Abschriften kostenfrei, und der Gebührenrahmen oberhalb einfacher Auskünfte wurde deutlich nach unten angepasst. Auf www.leipzig.de, im Amtsblatt und auf Flyern sollen zusätzliche, leicht verständliche Hintergrundinformationen zur Satzung und deren Anwendbarkeit zur Verfügung gestellt werden.



Nicole Lakowa
Stadträtin, stellvertretende Fraktionsvorsitzende finanzpolitische Sprecherin
Jahrgang 1973
ein Kind,
verheiratet

Dipl. Pflege- und Gesundheitswissenschaftlerin

FA Finanzen • Betriebsausschuss Jugend, Soziales, Gesundheit • Rechnungsprüfungsausschuss • Aufsichtsrat Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (KWL) • Aufsichtsrat Leipziger Altenpflegeheime GmbH • Verbandsversammlung Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen

Freie Kulturszene Leipzig im internationalen Kongress

von Annette Körner

Die Initiative Leipzig + Kultur hatte vom 21. bis 27. September unter dem Motto „Leipzig, wir müssen reden!“ international zu einem kulturpolitischen Kongress inklusive Festivalprogramm eingeladen. Im Juli stand die finanzielle Absicherung dieses Kongresses noch in Frage, wurde von uns im Kulturausschuss thematisiert und in Zusammenarbeit zwischen Initiatoren und Verwaltung schließlich gelöst. So konnte nun anregend mit Vertreter und Vertreterinnen aus Kunst und Kultur, Verwaltung, Politik und Wissenschaft über Handlungsspielräume, Probleme und gegenseitige Erwartungen diskutiert werden. Nicht zu überhören war

und ist der Wunsch der freien Szene nach stärkerer Mitsprache zu Entscheidungen über kommunale Förderschwerpunkte und Budgets. Ein treffendes Wortspiel dazu gab es von Klaus Hebborn vom Deutschen Städtetag: „Kultur in der Stadt ist viel mehr als Kultur [nur] von der Stadt.“ Podiumsgäste würdigten übrigens auch die beschlossene Steigerung unserer städtischen Kulturförderung um jährliche 2,5 Prozent als einen – auch deutschlandweit betrachtet – besonderen Erfolg. So ging es in den Podiumsrunden weniger um die Höhe der Zuschüsse, sondern – wie in unseren laufenden Gesprächen mit der hiesigen freien Szene – um Wege der Partizipation zu Themen der Förderung. Als Bündnisgrüne wollen wir, dass fachliche Kompetenz aus der freien Szene noch stärker und regulär beratend eingebunden wird. Eine ständige Vertretung der freien Szene, wie im Jugendhilfeausschuss die Freien Träger, ist dazu im Kulturausschuss nicht zugelassen. Aber zu Kulturbeiräten gibt es deutschland-

weit und auch in Sachsen Beispiele, die wir aktuell im Rahmen der Fortschreibung der Förderrichtlinien und des Kulturentwicklungsplans als Anregung auch für Leipzig diskutieren. ●



Annette Körner
Stadträtin
kultur- und wirtschaftspolitische Sprecherin
Vorsitzende des Kulturausschusses
Jahrgang 1962
3 Kinder

Betriebliche Umweltschutzbeauftragte, Geschäftsführerin Förderverein des Uiz

FA Kultur (Vorsitzende) • Betriebsausschuss Kulturbetriebe • FA Wirtschaft und Arbeit • Betriebsausschuss Stadtreinigung • Aufsichtsrat LWB • Trägerversammlung Sparkasse • Verbandsrat Sparkassenzweckverband



Foto: Annette Körner

Nicht nur beschäftigen – bezahlte Arbeit ermöglichen!

von Annette Körner

Leipzig hat sich im neuen Bundesprogramm »Chancen eröffnen – soziale Teilhabe sichern«, das dem Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit gewidmet ist, erfolgreich beworben und sagt dazu 400 neue geförderte Stellen zu. Das ist gut so, denn das Programm sieht wenigstens Mindestlohn, eine freiwillige Teilnahme und eine individuelle Förderung von bis zu drei Jahren vor! Unterstützt werden Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen und Familien, um ihren Teilhabeprozess am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft zu verbessern. Im städtischen Eigenbetrieb Engelsdorf KEE sind dafür 150 Plätze vorgesehen und bei freien Trägern 250. Natürlich erhofft sich die Verwaltung dadurch auch eine Einsparung in der Begleichung sogenannter „Kosten der Unterkunft“. Die Eilvorlage zum Beschluss zusätzlicher Finanzmittel für das bisher nicht geplante Programm, wurde im Stadtrat befürwortet und der mehrjährige Ansatz gelobt. Interessant ist in der Beschlussvorlage der Überblick, der zu den bisherigen, sogenannten Beschäftigungsprogrammen gegeben wird. z. B. zum Bundesprogramm Kommunal-Kombi (von 2008

bis 2012 mit 1.333 Teilnehmern und Teilnehmerinnen in der Stadt bzw. 50 Prozent davon bei freien Trägern) oder auch zum Projekt „Bürgerarbeit“ (von 2010 bis 2014 mit insgesamt 5.803 Personen). Zwar sind in Leipzig die Arbeitslosenzahlen aktuell auf unter 10 % gesunken, doch profitierten Langzeitarbeitslose weniger von der positiven konjunkturellen Entwicklung. Und während die Anzahl der Langzeitarbeitslosen von 2009 bis 2015 um rund 39 Prozent von 14.899 auf 9.076 Personen sank, reduzierten sich die Finanzmittel des Jobcenters Leipzig um 55 Prozent. So stellte die Verwaltung fest, dass weitere Programme dringend benötigt werden. Geplant sind nun geförderte Arbeitsstellen wieder für zusätzliche Angebote der Kinder- und Jugendarbeit, der Senioren- und Behindertenbetreuung, in Schulbibliotheken, Jugendheimen, Behinderteneinrichtungen und zur Unterstützung von Angeboten für Asylbewerber und Asylbewerberinnen (Fahrdienst, Möbelkammer etc.). Zudem wird auch das ESF-Programm der Arbeitsplatzförderung fortgesetzt, bei dem das Kriterium der „Zusätzlichkeit“ nicht gilt und

deshalb die Stellen weiterhin im Bereich Ordnung, Sauberkeit und Sport geplant sind. Meines Erachtens muss vordringlich darauf geachtet werden, dass Teilnehmer und Teilnehmerinnen nicht nur beschäftigt werden, sondern vor allem individuell gefördert, damit sie ihre Kompetenzen für eine erfolgreiche Arbeitssuche wirksam erweitern können. ●

Berichte aus dem Stadtrat

Leipzig wird Teilnehmerkommune der Europäischen Woche der Mobilität

Immer in der dritten Septemberwoche wird bei der Europäischen Woche der Mobilität das Augenmerk auf zukunftsfähige Mobilität gelegt, und in vielen Städten Europas zum Anlass genommen, die Probleme der Mobilität unserer Zeit kritisch zu hinterfragen und Alternativen vorzustellen. Parkplatznot, hohe ÖPNV-Preise, Fahrradwegenetz, ein besseres Miteinander der verschiedenen Straßennutzer – alles auch Themen in Leipzig. Leipzig wird nun auf Antrag unserer Fraktion Teilnehmerkommune.

Ein Stadtrat mit Fahrrad – meine mobilen Eindrücke

von Dieter Deissler (WVL)

Die Redewendung „Es ist ja nicht alles schlecht“ hört man häufig. Insbesondere bezüglich der Bedingungen für den Leipziger Radverkehr müsste es jedoch passender heißen „Es ist nicht alles gut“. Viele Störstellen für den Radverkehr sind noch nicht beseitigt. Auch wenn heute bei Straßenneubauten die Radfahrenden mit eingeplant werden, sind wir von einem durchgängigen und sicheren Netz für „Pedalisten“ auf dem Weg von A nach B meilenweit entfernt.

Vielen Leipzigerinnen und Leipzigern ist die völlig unübersichtliche Situation vor dem Leipziger Hauptbahnhof bekannt. Die Fußgängerinnen und Fußgänger, die zu dem Straßenbahnhaltepunkt Willy-Brandt-Platz eilen und dabei, den kaum erkennbaren Radweg kreuzen müssen, sind hier gefährdet. Ebenso aber auch die Radfahrerinnen und Radfahrer, die meinen, sich auf einem sicheren Radweg zu bewegen. Die eingeforderte gegenseitige Rücksichtnahme in diesem Kreuzungsbereich von Fuß- und Radweg (sogenannter Shared Space) wird immer wieder zu Diskussionen führen. Eine Verbesserung lässt sich aber nur durch noch ungünstigere Regelungen wie bspw. die Verlagerung des Radweges auf den Ring lösen.



Bild: Ökolöwe – Umweltbund Leipzig e.V.

Keine Frage, in Leipzig wurden viele Radwegkilometer gebaut. Aber nicht immer wurden Radfahrende und entsprechende Fachleute bei der Planung eingebunden. Es fehlt an einem schlüssigen Gesamtkonzept. Die L-IZ hat in 32 Beiträgen sehr ausführlich und konstruktiv anhand besonders deutlicher Beispiele viele Mängel gesammelt.

Von Radverbänden wird die aktuelle Situation gar als Flickwerk bezeichnet. Die Fachverbände wie ADFC und VCD weisen darauf hin, dass die Sicherheit von Radwegen

überschätzt wird: „Radwege werden als sicherer empfunden gegenüber der gemeinsamen Nutzung von Fahrbahnen mit den Lkw's und Pkw's.“ Es hat den Anschein, dass die Leipziger Verkehrsplanerinnen und Verkehrsplaner den Schutz der „schwachen“ Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer gegenüber den „starken“ zu wenig berücksichtigen.

Der öffentliche Raum in unserer Großstadt muss immer mehr Verkehr verkraften. In wenigen Jahren zählt die Stadt Leipzig 600.000 Einwohner. Bereits heute gibt es mehr als 400.000 Fahrräder. Unser Mobilitätsverhalten verändert sich in der Realität zwar langsam zugunsten von Rad, Bus und Fußverkehr, aber damit entstehen auch neue Konkurrenzen um den verfügbaren Straßenraum, insbesondere mit denjenigen, die das Auto meist zwingend benötigen. Dies erfordert Rücksichtnahme von uns allen, also eben auch von der Politik wie ebenso von der Verwaltung, es erfordert ein neues Denken über Mobilitäten, eine ständige Suche nach der Balance zwischen den Ansprüchen angesichts der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten. Der Stadtentwicklungsplan Verkehr und öffentlicher Raum gibt einen Rahmen vor. Es muss fairerweise eingeräumt werden, dass die Pläne für die mobile Zukunft Leipzigs sowohl von Teilen des Stadtrates als auch von Teilen der Bevölkerung angezweifelt werden. Übereinstimmung sollte darin bestehen, dass einerseits alle sowohl einen Anspruch darauf haben, gesund leben zu dürfen, wie andererseits auch darauf, ein optimal funktionierendes Verkehrsnetz beanspruchen zu können. Um das zu erreichen, braucht es weder Lobbyismus für die eine oder für die andere Verkehrsart noch Denkverbote für neue Ideen.

Mit Aktionstagen wie dem jährlichen Fahrradfest der Leipziger Volkszeitung, der Europäischen Woche der Mobilität oder mit der Aktion Stadtradeln wird seit Jahren für das Rad als Verkehrsmittel geworben. Auch 2015 war unsere Fraktion als Team AmpelGRÜN wieder beim Stadtradeln dabei. Wir durften uns mit 10.071 gefahrenen Radkilometern über den 1. Platz bei der Leipziger Fraktionswertung und den 15. Platz in der Gesamtwertung (von insgesamt 306 gemeldeten Teams) sehr freuen. Mit insgesamt 1.068.340 gefahrenen Kilometern hät-

te Leipzig nur etwa 8.000 km mehr fahren müssen, um vor Dresden den 1. Platz bundesweit zu erlangen.



Dieter Deissler
Stadtrat (WVL)
Jahrgang 1949
Bauingenieur

FA Allgemeine Verwaltung • Grundstücksverkehrsausschuss • Aufsichtsrat Leipziger Wohnungsbaugesellschaft mbH (LWB) • Aufsichtsrat der Beratungsgesellschaft für Beteiligungsverwaltung Leipzig mbH (bbvl) • Aufsichtsrat Investregion Leipzig GmbH (IRL)

Unsere Fraktion hatte beim Stadtradeln in diesem Jahr drei öffentliche Radtouren mit einem Bezug zu aktuellen Themen organisiert. Neben dem jeweils tollen sportlichen Erlebnis und der Entdeckung neuer wunderschöner Radwegeabschnitte im Stadtgebiet gab es allerdings auch Probleme, Fakten und Schwachstellen des Radwegesnetzes kritisch wahrzunehmen.

Die Berichte zu unseren Touren sind nachzulesen auf unserer Fraktions-Webseite. ●

Berichte aus dem Stadtrat

Nutzungs- und Betreiberkonzept »Völkerfreundschaft«

Der Stadtrat hatte der Verwaltung den klaren Auftrag gegeben, in der »Völle« für ein Veranstaltungsmanagement zu sorgen, das nicht die personellen Kräfte aus dem Offenen Freizeittreff (OFT) nutzt, wie dies bislang der Fall war.

Nun wurde mit der Vorlage ein sinnvolles Konzept beschlossen, das das Management mit einer direkten Stelle einer/s Veranstaltungsmanagerin/s unterstellt. Da hierfür eine Stellenwandlung aus dem OFT durch die Hintertür geplant war, haben Bündnis 90/Die Grünen, Linke und SPD einen gemeinsamen Änderungsantrag beschlossen, der die bisherigen Stellen im OFT unabhängig der neuen Managerstelle absichert.

Wie viel Tierschutz will die Stadt Leipzig?

von Alrun Tauché

Im Mai dieses Jahres sorgte ein Antrag der Linksfraktion für große Verwunderung. Er enthielt die Forderung, den Tierschutzbeirat aufzulösen und dessen Aufgaben dem nichtöffentlichen Fachausschuss für Umwelt und Ordnung zu übertragen. Der Vorstoß wurde damit begründet, dass der Tierschutzbeirat »kaum von Nutzen« sei.

Ausgangspunkt für diese Diskussion war die im Jahr 2014 durchgeführte Evaluierung der Fachbeiräte der Stadt Leipzig durch die Stadtverwaltung. Herausgekommen ist beim Tierschutzbeirat in der Tat ein mageres Ergebnis. Der Tierschutzbeirat tagte nur zweimal im Jahr und beschäftigte sich mit nur einer Beschlussvorlage. Seitens des Beirats wird das mit der fortwährenden Blockadehaltung der Verwaltung, vor allem des Veterinäramtes begründet. Der Beirat hat sich daher hauptsächlich um die »Haustiere« gekümmert und den Bereich der Wildtiere ausgeklammert.



Foto Michael Sperlich

Dass die Realität und die potenzielle Themenvielfalt anders aussehen, beweist die Nutria-Problematik, die im Frühjahr dieses Jahres auch in den Medien präsent war. Die enorme Zunahme der Nutria-Population auf städtischem Gebiet sorgt für Konflikte mit den Anwohnern. Und das soll kein Thema für den Tierschutzbeirat sein? Bisher hat die Stadtverwaltung sich noch nicht dahingehend entschieden, Zirkusunternehmen mit Wildtieren zukünftig keine kommunalen Flächen in Leipzig mehr zur Verfügung zu stellen, und das, obwohl sehr viele Mängel im Tierschutz bzw. Verstöße gegen die Zirkusleitlinien festgestellt wurden, wie z. B. mangelnde tierärztliche Versorgung und mangelnde Tierbestandsdokumentationen. Diese Mängel bestätigte auch die Antwort auf eine Anfrage unserer Fraktion vom April dieses Jahres. Die Rede ist von teilweise gravierenden Verstößen, so musste etwa einem Zirkusunternehmen mit erloschener Tierschutztaubnis § 11 (!) die Zur-Schau-Stellung seiner Tiere untersagt werden. Inzwischen wurde von engagierten Tierschützern und Tierschüt-

zerinnen und der AG Tierschutz des Grünen Kreisverbands eine Petition auf den Weg gebracht, die fordert, so wie es mittlerweile auch in anderen deutschen Städten gehandhabt wird, die Stadt Leipzig Zirkusunternehmen mit Wildtieren keine kommunalen Flächen mehr zur Verfügung stellt. Dass die Themen, für die Beratungsbedarf besteht, nicht weniger geworden sind, belegen z. B. Diskussionen, die mit der steigenden Population von Wassertieren zusammenhängen, die den Umgang mit Fundtieren und deren Unterbringung betreffen, die stetig steigende Zahl von Haustieren oder die Chippflicht für Hunde thematisieren. Gerade die steigende Anzahl an Hunden im Stadtgebiet sorgt zunehmend für Konfliktpotenzial bis hin zu kriminellen Auswüchsen wie dem Auslegen von Giftködern. Hinzu kommt, dass das Tierheim mit seinen inzwischen vier Exotenställen (Schildkröten, Schlangen, Echsen, Spinnen u. a.) an Grenzen stößt. So mussten erst kürzlich nach einer amtlichen Sicherstellung 108 Exoten, die in einer Wohnung nicht artgerecht gehalten wurden, aufgenommen werden. Die Mehrzahl dieser Tiere unterliegt dem Artenschutz, so etwa die seltenen Vogelspinnen oder die Madagaskarboa, die (eigentlich) einen sehr strengen Schutzstatus besitzt.

Unabhängig des sich noch in der Diskussion befindlichen Antrages, konstituierte sich auf Druck unserer Fraktion nach monatelanger Verzögerung am 3. September dieses Jahres endlich der neue Tierschutzbeirat. Dabei wurde auch der oben erwähnte Antrag der Linken diskutiert. Die Mehrzahl der anwesenden Beiratsmitglieder sprach sich allerdings vehement gegen den Antrag aus. Wir fordern nun in Form eines Änderungsantrags, dass der Tierschutzbeirat nicht nur beibehalten, sondern aufgewertet wird und die Zusammensetzung dahingehend geändert werden soll, dass weitere externe Fachleute von BUND, NABU und Albert Schweitzer Stiftung in dem Gremium zu Worte kommen können. So kann den vielfältigen, spezifischen Themen zum Tierschutz in der wachsenden Stadt Leipzig Rechnung getragen werden. Was spricht dagegen, dass der Tierschutzbeirat künftig bei landes- und bundesweiten Gesetzesinitiativen und Regelungen im Bereich des Tierschutzes mit berät und der Stadt Empfehlungen zuarbeitet? ●



Alrun Tauché
Mitarbeiterin der Fraktion
Jahrgang 1967
Aufsichtsrat Zoo • Stadtbezirksbeirat Mitte • Tierschutzbeirat • AG Straßenbenennung

Berichte aus dem Stadtrat

Bekanntnis gegen Subventionen für britisches Atomkraftwerk Hinkley Point C

Im Oktober 2014 hat die vorherige EU-Kommission staatliche Beihilfen in dreistelliger Milliardenhöhe für den Bau des britischen Atomkraftwerks Hinkley Point C bewilligt. Damit einher geht ein garantierter niedriger Strompreis über einen utopischen Zeitraum von 35 Jahren zuzüglich Kreditgarantien und Inflationszuschläge. Ohne diese immense staatliche Subvention wäre ein Neubau des Atomkraftwerks nicht mehr wirtschaftlich. Ganz zu schweigen von der ungeklärten Frage der Atomwüchsendlagerung und der umweltschädigenden Förderung des Uranabbaus.

Die Entscheidung der EU-Kommission betrifft direkt die Stadtwerke Leipzig GmbH sowie die Leipziger Verbraucherinnen und Verbraucher. Denn der jahrzehntelange, staatlich subventionierte Dumpingpreis aus Atomkraft verzerrt den Wettbewerb auf dem europäischen Strommarkt, wovon auch die Stadtwerke Leipzig unmittelbar betroffen sind. Gegen diese Entscheidung der EU-Kommission hat sich inzwischen in vielen deutschen Städten massiver Widerstand formiert.

Leider ist durch die Verschleppungstaktik der Verwaltung die Einreichungsfrist für den Klagebeitritt inzwischen verstrichen. Zumindest aber sandte der Stadtrat ein Signal aus, indem er sich vor dem Hintergrund klimapolitischer Zielstellungen gegen die staatlichen Subventionen zum Bau des britischen Atomkraftwerks Hinkley Point C aussprach.

Gemeinsam in Schulen Energie sparen – das Halbe-Halbe-Projekt

von Cordula Rosch

»Halbe-Halbe« ist ein umgangssprachlicher Ausdruck für einen gerechten Deal, ein Geschäft zu gleichem Vorteil. »Halbe-Halbe«, so lautet nicht nur der Name, sondern »Halbe-Halbe« beschreibt zugleich auch das Selbstverständnis des Umwelt-Projektes mit Schulen, das die Fraktion im Mai per Antrag in die Beratungen mit den anderen Fraktionen und der Stadtverwaltung eingebracht hat.



Foto: www.fifty-fifty.eu

Aus dem Leipziger Kreisverband der Grünen war zuvor die Idee, dieses Projekt auch in Leipzig, wie schon in anderen Städten einzuführen, an unsere Fraktion herangetragen worden. Insbesondere Cornelius Unckell hat sich dafür stark gemacht und in enger Zusammenarbeit mit Georg von Nessler, der von der IP-Building kommt, das Konzept für Leipzig vorbereitet. Obwohl Monate ins Land gegangen sind, steht ein Beschluss des Stadtrats noch aus. Für uns ist diese lange Bearbeitungszeit inakzeptabel, weil mit dem Projekt Einsparungen in Höhe von 5 bis 15 Prozent erreichbar sein werden und bereits vier Projektschulen bereit stehen.

Worum geht es bei »Halbe-Halbe« konkret? Für die 240 Leipziger Schulgebäude und deren Verbräuche wie Strom, Heizkosten, Abwasser, Wasser, Regenwasser kommt die Stadt mit knapp 11.3 Mio. Euro jährlich auf. Das Halbe-Halbe-Projekt setzt hier an und will mit allen Beteiligten Antworten auf die Frage, wie über das Verbrauchsverhalten Einsparungen generiert werden können, finden. Grundlegend ist, dass es dazu eine intensive pädagogische Umweltaarbeit mit den interessierten beteiligten Schulen zum Thema Nutzerverhalten und dessen Auswirkungen gibt. Wenn es dann also losgeht mit dem Ausloten von Energiesparmaßnahmen, stehen Fragen an wie: Wann brennt welches Licht optimal, welche Heizkörper sind wann und wie aufzudrehen, wie lüften wir bzw. wann am effektivsten, welche Kaffeemaschinen, Kopierer etc.

sind Energiefresser und können/müssen ausgeschaltet bzw. ausgetauscht werden – die Antworten werden an jeder Schule individuell von Schülern und Schülerinnen und Lehrern und Lehrerinnen zu einem Maßnahmenkatalog zusammengefasst.

Die dann in der Praxis erreichten, finanziell messbaren Einsparungen werden zur Hälfte wieder an die Schule ausbezahlt. Die andere Hälfte fließt zurück an die Stadt Leipzig zur Vorfinanzierung von Klimaschutzmaßnahmen. Dass hier in finanzieller Hinsicht richtig Musik drin ist, bestätigen z. B. die Evaluation bzw. Auswertung der Halbe-Halbe-Projekte aus Frankfurt a. M. und Berlin eindrucklich. (<http://www.fifty-fifty.eu>)

Da dieser Prozess fachlich begleitet werden muss, ist ein externer Projektträger nötig, der die einzelnen Projektschritte anleitet und die Abrechenbarkeit absichert. Er wird die Schulen bei der Organisation, der Durchführung von Fortbildungen und der Kommunikation zwischen allen Beteiligten betreuen. Der Träger sollte über entsprechendes Know-how und Erfahrungen verfügen. Da für all das Mittel nötig sind, ist eine Anschubfinanzierung einzuplanen, auch um bereitstehende Fördermittel des Bundes abrufen zu können. Diese Anschubfinanzierung ließe sich im Übrigen auch aus den Projektergebnissen refinanzieren.

Spurensuche: Energie, die in unserer Schule ankommt

Aufgabe: Kreuzt im Bild an, woher die Energie kommt, die eure Schule beheizt. Wo wird geheizt? Von wo bekommt ihr euren elektrischen Strom?

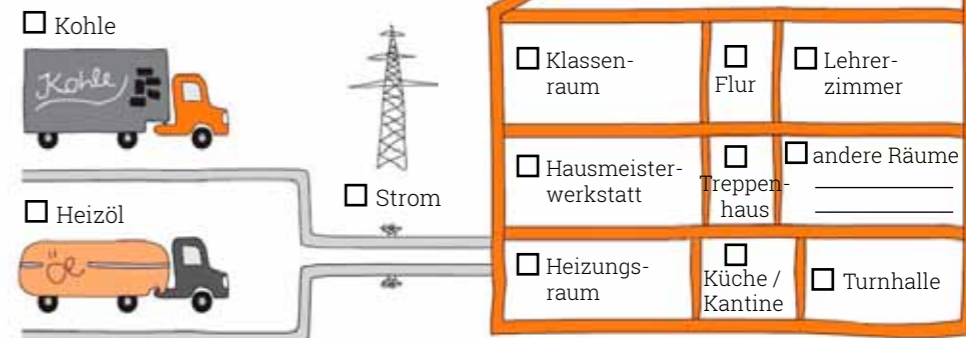


Foto aus: Kleines Handbuch für Klimaretter, 2. Auflage, Nadine Hölzinger. Hrsg. UFU e.V., Berlin 2006/2007



Cordula Rosch
Referentin der Fraktion
Jahrgang 1968
verheiratet
3 Kinder
Beirat Schulbibliotheken • Stadtbezirksbeirat

Südwest • Steuerungsgruppe FairTradeTown

Eine Schlüsselrolle kommt auch dem Amt für Gebäudemanagement zu. Das Amt arbeitet eng mit den Schulhausmeistern zusammen und kennt die Verbrauchszahlen der Schulen, die als Vergleichswert herangezogen werden können. Im Dezernat für Stadtentwicklung und Bau würde auch die Abrechnung und hälftige Auszahlung von Einsparungen an die Schulen geregelt. Da wir in Leipzig auch beim Klimaschutz endlich vorankommen müssen, ist dieses Projekt mehr als hilfreich. Zumal die gewonnenen Ergebnisse im nächsten Schritt auf die Kitas und alle sonstigen Gebäude, die sich in kommunaler Nutzung befinden, übertragbar wären. Unser Ziel ist es, die Klimaziele der Stadt Leipzig zur Sache aller zu machen und optimiertes, also bewusst energie- und ressourcenschonendes Verhalten in allen öffentlichen Gebäuden zur Selbstverständlichkeit werden zu lassen. ●

Stadtangestellte ohne Motivation?

von Ingo Sasama

Ende 2012 beauftragte der Stadtrat den OBM eine Mitarbeiterbefragung durchzuführen. Offenbar bedurfte es einer gründlicheren Vorbereitung, denn diese fand erst September 2014 statt. Noch gründlicher schien die Auswertung derselben ausgefallen zu sein, denn der Ergebnisbericht dazu erreichte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und den Stadtrat erst im August 2015.

Jedoch wirft er mehr Fragen auf, als er Antworten gibt.

Von rund 6.546 Fragebögen kamen 2.651 zurück. Das entspricht einer Rücklaufquote von 40,5 Prozent – ein vergleichsweise sehr schlechtes Ergebnis. Der Rücklauf ist allerdings immer auch ein Spiegelbild der Identifikation und der Verbundenheit mit dem Arbeitgeber. Fühle ich mich wohl, anerkannt und wertgeschätzt, kann ich das im Zusammenhang mit einer Mitarbeiterbefragung sehr gut zum Ausdruck bringen. Auch mein Wunsch, viele Dinge in »meinem« Betrieb besser zu machen bzw. mit meinen Ideen und Anmerkungen das Klima und die Effizienz zu verbessern, ließe sich bei dieser Gelegenheit gut dokumentieren. Will ich aber all dies nicht, dann mache ich zu, sitze meine Dienstzeit und Arbeitsjahre stillschweigend – immer die kommende Rente im Blick – ab – und nehme ganz bewusst an einer solchen Befragung nicht teil, weil es ja aus meiner Sicht sowieso keinen Sinn macht und nichts verändert.

Die Zufriedenheitsquote mit den Arbeitsbedingungen liegt bei 43 Prozent, abgestuft unzufrieden sind 21 Prozent, mit dem Betriebsklima zufrieden sind immerhin 51 Prozent. Mehr als die Hälfte sieht für sich einen Qualifizierungsbedarf – auch hier ein Alarmsignal. Nur 24 Prozent erhalten nach eigener Wahrnehmung Wertschätzung für die geleistete Arbeit, ein Drittel jedoch bekommt keine sachliche Rückmeldung



Foto: Michael Schmidt

zur geleisteten Arbeit. Nur 34 Prozent fühlen sich motiviert, immerhin 61 Prozent gefordert. 31 Prozent fühlen sich erschöpft, 24 Prozent demotiviert und 13 Prozent überfordert (11 Prozent unterfordert). 56 Prozent sehen Verbesserungsbedarf bei der Arbeitsorganisation (vor allem bei Zuständigkeitsregelungen und Zusammenarbeit) und immerhin 33 Prozent bei den Arbeitsumgebungsbedingungen. Dafür fühlt man sich als Angestellte und Angestellter zu 86 Prozent bei der Stadt sicher.

Durch den geringen Rücklauf sind natürlich die Ergebnisse auch zu hinterfragen bzw. zu relativieren, wenn gleich sie auch in der jetzigen Form schon richtungsweisend sind. Besonders deutlich wird dies an der Selbsteinschätzung des Gesundheitszustandes. Neun von zehn Beschäftigten schätzen ihren Gesundheitszustand gut bis zufriedenstellend ein. Wie kann es dann sein, dass der Krankenstand sich jedes Jahr stets im höchst alarmierenden Bereich bewegt und die Arbeitgeberin Stadt Leipzig mit Abstand den höchsten Krankenstand im Vergleich zu den anderen Arbeitgebern der Stadt aufweist? Dieser Widerspruch zeigt ganz besonders auf, dass diese Befragung keinesfalls repräsentativ sein kann. Über die Hälfte wünscht sich Unterstützung bzw. Beratung bei Gesundheitsthemen. Besonders bei der Stressbewältigung. Gerade aber in Hinblick auf die Erfüllung ihrer Fürsorgepflicht gegenüber ihren Angestellten wird das ganze Versagen der Verwaltung deutlich. Ein(!) Seminar im Jahr zu Burnout und zu Zeitmanagement, ein Gesundheitstag im Jahr, der für Leute aus den Außenstellen meist entweder nicht erreichbar oder zeitlich nicht zu schaffen ist, keine betrieblichen Gesundheits- und Beratungsangebote – kurzum, alles nur schöner Schein!

Es reicht eben nicht, auf Angebote der Krankenkassen und Sportvereine zu verweisen, heißt, sich selbst nicht zuständig zu fühlen. So werden weiterhin extrem hohe Krankenstände vor allem aufgrund von Rückenproblemen und Erkrankungen, die auf falsche Ernährung zurückzuführen sind, bleiben. Warum nicht über das Intranet jeden Mittag 15 Minuten Rückengymnastik einspielen oder vor Ort eine regelmäßige Ernährungsberatung anbieten? Aber hier fehlt der Verwaltung jede Fantasie.

Insgesamt muss dringend hinterfragt werden, ob ein »weiter so« noch geht. Es fehlt Motivation, Freude an der Arbeit. Ich werde hier nicht das Klischee des faulen Beamten bedienen. Aber doch bedarf es Veränderungen auf beiden Seiten. Die Analyse zeigt, dass es die inneren Ämter nicht vermocht haben, z. B. eine deutliche Verbesserung des Betriebsklimas herbeizuführen. Wir brauchen Motivation, besonders durch gut geschulte, aufmerksame und motivierende Führungskräfte. Ein Klima, bei dem ich ohne Angst vor Nachteilen auf Missstände hinweisen und zu eigenen Überlastungen oder auch Unterforderungen stehen kann. Ein Klima, bei dem ich Lust habe, mich einzubringen und mich bei einer Rotation mal auf ein neues Team und eine neue spannende Arbeit freuen kann. ●



Ingo Sasama
Fraktionsgeschäftsführer
Jahrgang 1960
Aufsichtsrat
Stadtwerke Leipzig GmbH (SWL) •
Aufsichtsrat
LeCos

Berichte aus dem Stadtrat

Arbeitsmarktberatung und -vermittlung von Asylbewerbern

Auf Antrag der SPD-Fraktion beschloss der Stadtrat die Definition von Zielstellungen zur Integration von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt in Leipzig, die sich die Stadt Leipzig und die Agentur für Arbeit vornehmen.

Diese Arbeitsmarktpolitischen Zielstellungen gibt es ohnehin, aber bisher waren Flüchtlinge nicht Bestandteil der Zielvereinbarungen. Da es neben den Zielstellungen dann auch Partnern bedarf, um dieses Ziel zu erreichen, soll mit geeigneten Akteuren gemeinsam am Konzept gearbeitet werden. Der Ergänzungsantrag unserer Fraktion, der vorschlägt, den Migrantenbeirat an der Konzepterstellung zu beteiligen, wurde dabei ebenfalls beschlossen.

Positionspapier zur Weiterführung der Linie 9

Die Diskussion um den Fortbestand der Straßenbahnlinie 9 beschäftigt uns bereits seit einigen Monaten, da der Landkreis die Bestellung der 9 für die Stadt Markkleeberg zum 28. November beendet und stattdessen als Ersatz die Buslinie 70 bestellt hat, welche dann die gewohnte Streckenführung in der gleichen Taktung übernehmen soll. Die Linie 9 soll zukünftig bis zum Straßenbahnhof Klemmstraße fahren und so das Angebot auf einem Teil der Bornaischen Straße verbessern. Die Gründe für die Verkürzung der Linie 9 sind vielschichtig und gehen teilweise in das Jahr 2009 zurück, als, vor dem Hintergrund des City-Tunnel-Baus und des Ausbaus der S-Bahn-Strecke, die zukünftigen Optionen der Linienführung andiskutiert wurden. Bereits damals deutete sich ein Rückzug des Landkreises aus der Finanzierung der Linie 9 an.

Auch unsere Fraktion hätte sich zunächst eine breite Bürgerbeteiligung zu Fragen über die Zukunft der Linie 9 gewünscht, statt eine Entscheidung durch die Politik ohne eine solche Öffentlichkeitsbeteiligung zu erzwingen. Nunmehr wurde dem Stadtrat eine Entscheidung bereits am 16. September durch einen Antrag der Linken im Stadtrat abverlangt, obwohl wir eindringlich appelliert hatten, die Abstimmung zumindest um einen Monat zu verschieben, um eine sachdienliche Diskussion mit Verwaltung, LVB und der interessierten Öffentlichkeit zu ermöglichen.

Unsere Fraktion hat sich die Entscheidung zur Linie 9 bislang keinesfalls leicht gemacht. Wir müssen abwägen zwischen den Chancen und Risiken, die die Weiterführung für den Leipziger Süden, aber auch



Foto: Michael Schmidt

für das gesamte LVB-Netz der Stadt Leipzig bedeutet. Dabei mussten wir uns aber auch der Realität stellen. Unsere zahlreichen Bemühungen der letzten Jahre, eine bessere Finanzierung des ÖPNV in Leipzig und einen Abbau des Sanierungsstaus zu erreichen, waren bislang an einer Mehrheit des Stadtrates gescheitert. Auch das gehört leider zur Realität. Eine Übernahme der Ausfallfinanzierung des Landkreises allein durch die LVB würde dazu führen, dass viele andere dringende Investitionen der LVB und des öffentlichen Schienennetzes über Jahre verschoben werden müssten.

Und in diesem Abwägungsprozess, in dem wir uns eine Vielzahl von Informationen eingeholt haben, hat sich unsere Fraktion in der Abstimmung zu dem Linken-Antrag zunächst gegen die Fortführung der Linie 9 in Richtung Markkleeberg entschieden. Auch für uns ist dies eine schmerzhaft Entscheidung gewesen, wir sind aber der Überzeugung, dass diese unter Abwägung von Kosten und Nutzen richtig war. Die Fahrleistung im Stadtgebiet Leipzig erhöht sich so um 100.000 Fahrplankilometer (80.000 Minderkilometern bei der Straßenbahnlinie 9 stehen 180.000 Mehrkilometer bei den Buslinien 70 und 108 gegenüber). Die Umstellung bringt unter dem Strich also faktisch einen Ausbau des Nahverkehrsangebotes. Natürlich ist eine Umstellung aber eine Veränderung, und Veränderungen haben immer Vor- und Nachteile. In der Gesamtschau überwiegen aber die Vorteile die Nachteile.

Wir sind zuversichtlich, dass auch das Ersatzangebot ab 28. November von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen wird und letztlich keinen wesentlichen Qualitäts- und Angebotsverlust darstellen wird. Fakt ist aber auch, dass die Akteure Stadt, LVB, ProBahn und Ökolöwe mit sehr gegensätzlichen Zahlen, Berechnungen und Argumenten hantieren und eine transparente, sachgerechte und zukunftsorientierte Entscheidung enorm erschweren. Bis zur Ratsversammlung am 28. Oktober wird hier hoffentlich noch Transparenz einkehren. Auftakt dazu soll die Informations- und Diskussionsveranstaltung der Stadt Leipzig (nach unserem Redaktionsschluss) am 8. Oktober bieten.

Wir werden unabhängig der Entscheidung zur Linie 9, im kommenden Jahr

den neuen Nahverkehrsplan diskutieren und zu entscheiden haben. In diesem Zusammenhang hat unsere Fraktion bereits klar Position bezogen; wir sind entschlossen, unser bisheriges Bemühen um eine bessere Finanzausstattung der LVB noch weiter zu forcieren. Unsere Fraktion hat in den vergangenen Wochen einen Antrag eingereicht, der zum Ziel hat, die zukünftige Ausgestaltung des ÖPNV in Leipzig eben nicht an den finanziellen Zwängen, sondern vielmehr an den Notwendigkeiten und am Bedarf auszurichten. Vor dem Hintergrund unserer ambitionierten Ziele im Rahmen des Klimaschutzprogrammes und des Stadtentwicklungsplanes Verkehr und Öffentlicher Raum sowie des rasanten Bevölkerungswachstum in Leipzig, hat die Fraktion sehr klare Vorstellungen von einem zukunftsfähigen und attraktiven ÖPNV. In diesem Zusammenhang wird auch nochmal um die Wirksamkeit des Alternativangebotes der Buslinie 70 und der veränderten Linie 9 zu sprechen sein. Der Rückbau der Schieneninfrastruktur sollte bis zu dieser Entscheidung zwingend unterbleiben, um keine irreversiblen Tatsachen zu schaffen. ●

Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Finanzierung des ÖPNV in Leipzig seit 2010

- 2010 – Antrag 76/10: „Protest gegen die Kürzungen des Freistaates Sachsen im Öffentlichen Personennahverkehr“ – vom Stadtrat mehrheitlich beschlossen
- 2013 – Änderungsantrag zum Antrag „Tarifmoratorium“ – vom Stadtrat mehrheitlich abgelehnt
- 2013/14 – Haushaltsantrag: Finanzierungskonzept für Straßenbahn-Ersatzbeschaffung der LVB – vom Stadtrat geändert beschlossen
- 2014/15 – Haushaltsantrag: Kostenfreie Schülerbeförderung durch die Leipziger Verkehrsbetriebe GmbH – vom Stadtrat abgelehnt
- 2015 – Haushaltsantrag 046/15/16-ÄA1: Zuschuss an die LVB für Lärmminierungsmaßnahmen (zur Beschaffung weiterer neuer Straßenbahnen) – vom Stadtrat mehrheitlich angenommen
- 2015 – Antrag: Prämissen für die Fortschreibung des Nahverkehrsplans – aktuell im Verfahren

Benennung von zwei Plätzen nach den Partnerstädten Addis Abeba und Herzliya

Der Stadtrat hat im Juni die Benennung von zwei Plätzen nach den Partnerstädten Addis Abeba und Herzliya beschlossen. Die beiden sehr aktiven Städtepartnerschaftsvereine hatten einen Antrag auf Benennung eines geeigneten, möglichst zentral gelegenen Platzes gestellt.

Unsere Fraktion hatte – da die Städtepartnerschaft mit Addis Abeba seit 10 Jahren besteht – mit einem Antrag für den Platz die Initiative ergriffen. Am 6. Juli dieses Jahres erhielt der Kreisverkehr zwischen Edvard-Grieg-Allee und Karl-Tauchnitz-Straße den Namen Herzliya-Platz.

Die „Taufe“ nahmen OBM Burkhard Jung und der OBM der Partnerstadt Herzliya, Moshe Fadlon, vor. Die Mittelinsel wurde

gärtnerisch aufgewertet und weiß und blau in den Farben der Stadt Herzliya – gleichzeitig die Farben des Staates Israel – bepflanzt. Langfristig soll der Platz künstlerisch gestaltet werden

Seit dem 29. September dieses Jahres hat Leipzig nun auch einen Addis-Abeba-Platz. In Anwesenheit der Stadtoberhäupter Burkhard Jung und Deriba Kuma, wurde die Grünfläche an der Brüder- und Grünwaldstraße auf den Namen der äthiopischen Hauptstadt getauft.

Zur Kennzeichnung des Platzes sind an vier Bänken Messingschilder mit der Aufschrift „Addis-Abeba-Platz“, der Silhouette prägnanter Addiser Bauwerke und der Information „Partnerstadt seit 2004 / Sister

city since 2004“ angebracht worden, die der Städtepartnerschaftsverein finanziert hat. Die Grünfläche soll perspektivisch das Werk eines äthiopischen Künstlers schmücken.



Foto: Alrun Tauché

Der Ratsspieß –

Humorvolles aus der Ratsversammlung „aufgespießt“!

Dr. Gesine Märzens: zum geplanten Verkauf der ehemaligen Scala: »Für 70.000 € verkauft man keine Legende!«

BM Faber: »Wenn ich mich selbst übersetzen darf; ...«

Stadträtin Hollick (Die Linke.) bringt ihren Änderungsantrag zur Schülerbeförderungssatzung und ein sagt mit Blick auf unsere Fraktion: »Natürlich gefällt mir Ihr Antrag besser!«

OBM Jung stimmt als Einziger gegen einen Antrag der CDU-Fraktion. Stadtrat Haas (CDU): »Das ist ja Frontalopposition ...«

Stadtrat Weickert (CDU) deutet mit der Hand nach rechts und spricht: »Meine Damen und Herren zu meiner Linken ... stutzt ... ich habe eine Rechts-Links-Schwäche ... aber nicht politisch, sondern koordinatorisch!« und an anderer Stelle: »Über intelligente Zwischenrufe bin ich besonders dankbar – da entfaltet sich erst mein ganzes rhetorisches Talent!«

Stadtrat Engelmann (Die Linke.): »Ich rede jetzt nur für mich und will ich nicht unbedingt für meinen Standpunkt werben.« Lachen. OBM Jung: »Das habe ich noch nie gehört!«

Stadtrat Weber (SPD) stellte zum knarrenden Mikrofon fest: »Irgendwas stört hier!«, was den OBM zur Frage veranlasste: »Wer hat hier den Störsender?«

Und nochmal **Stadtrat Weber (SPD):** »Wir werden auch dem Dingsda ... äh ... dem Änderungsantrag meine ich zustimmen ...«

Michael Schmidt zu Lärm von Straßenbahnen: »Da können Sie sich mal selbst ein Bild machen ... (Pause) ... oder besser mal ein Ohr holen.«

CDU-Stadtrat Dossin um 22:10 Uhr: »Ich spare mir mal die ganze Vorrede – um diese Zeit braucht man nicht mehr zu grüßen!«

Zitat des Monats:

Sozial-Amtsleiterin Kador-Probst bei einer Veranstaltung zur geplanten Asyl-Unterkunft im Waldstraßenviertel auf die Frage eines „besorgten“ AfD-Bürgers, ob die Mädchen wegen der muslimischen Flüchtlinge bald eine Kopfbedeckung zu tragen hätten: »Entsprechend der Jahreszeit!«

Die Ausgabe des Ratschlags kann auf unserer Webseite digital gelesen und auch heruntergeladen werden. Wer auf den Postversand verzichten möchte, schreibt uns bitte eine E-Mail an gruenefraktion@leipzig.de.



Impressum

Herausgeber:
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Stadtrat Leipzig
Neues Rathaus/ Zimmer 103
Tel.: 123-2179 / Fax: 123-2175
E-Mail: GrueneFraktion@leipzig.de
www.gruene-fraktion-leipzig.de

Konto für »Ratschlag«:
Stadt- und Kreissparkasse Leipzig
Konto-Nr. 1194900638
BLZ 860 555 92
IBAN: DE64 8605 5592 1194 9006 38

Redaktion:
Ingo Sasama (V.i.S.d.P), Michael Schmidt,
Cordula Rosch, Alrun Tauché

Alle Portraits:
Martin Jehnichen

Auflage: 1.600 Exemplare

Gestaltung:
Ungestalt GbR, Leipzig, www.ungestalt.de

Produktion:
FRITSCH Druck GmbH, Leipzig